



Bundeskammer für
Arbeiter und Angestellte
Prinz-Eugen-Str. 20-22
1040 Wien

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
Maximilianstraße 7, Postfach 243, 6010 Innsbruck
Tel: 0800/22 55 22, Fax: 0800/22 55 22-1459
wirtschaftspolitik@ak-tirol.com
www.ak-tirol.com

G.-Zl.: WP-2012-31565
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Bei Rückfragen

Dr. Domenico Rief
Mag. Armin Erger / R

Klappe 1455 Innsbruck, 26.11.2012

Betrifft: Kommentare zum Zwischenbericht
"Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion."

Bezug: Ihr Schreiben vom 07.11.2012
zust. Referent: Mag. Nikolai Soukup

Sehr geehrter Herr Mag. Soukup,

die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol bedankt sich für die Zusendung des Zwischenberichtes „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“ vom Präsidenten des Europäischen Rates Van Rompuy, der in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der Kommission, der EZB und der Eurogruppe erstellt wurde.

Unseres Erachtens gibt dieser Bericht großteils die bestehende und sich in Ausarbeitung befindliche Rechtslage zur wirtschaftspolitischen Koordinierung auf europäischer Ebene wieder und bringt Vorschläge für zukünftige weitere Integrationsschritte mit einer sehr wagen, teils im doppelten Konjunktiv beschriebenen Wortwahl vor. Dieser Bericht geht auch in keinsten Weise in die Tiefe, sodass generell die bereits zu den bisherigen EU-Gesetzesvorschlägen („six-pack“, „two-pack“, etc.) vorgebrachten Positionierungen der BAK sowie auch die in der neuen BAK-Broschüre zum Thema „Die EU auf Kurs bringen - ein neues Europa für die Menschen“ aufgezeigten Positionen der AK, welche im Zuge der letzten Europareferentensitzung akkordiert wurden, eine angemessene Antwort auf dieses Papier darstellen.

Zu den konkreten Vorschlägen:

Im Bereich des integrierten Finanzrahmens ist nach unserer Auffassung darauf zu achten, dass keine Doppelgleisigkeit zwischen der bestehenden europäischen Bankaufsichtsbehörde und der neuen Aufsichtsfunktion der EZB im Rahmen eines einheitlichen Aufsichtsmechanismus entsteht. Weiters ist bei der Abwicklung von Banken im Vorfeld auch die Trennung zwischen Geschäfts- und Spekulations-/Investmentbanken vorzunehmen. Es sollte auch angestrebt werden, dass die Kosten der Abwicklung von Banken ausschließlich von diesen selbst und nicht nur „in erster Linie“ vom privaten Sektor übernommen werden. Der hierfür notwendige Auffangmechanismus (Fonds) sollte möglichst bald entsprechend ausgestattet werden, um das Risiko der öffentlichen Hand bei der Abwicklung von Banken möglichst gering zu halten. Diese sind über die Rekapitalisierungsmöglichkeit von Banken durch den ESM bereits ausreichend involviert. Diese Möglichkeit des ESM darf daher unseres Erachtens nur eine Übergangslösung darstellen.

Im Rahmen des integrierten Haushaltsrahmens ist dieser Bericht zur neuen Fiskalkapazität sehr unklar formuliert und lässt die Rolle des ESM beim Auffangen von asymmetrischen Schocks offen. Ohne den Begriff als solches auszusprechen, schlägt Van Rompuy klar einen Weg in Richtung Eurobonds und einer fiskalischen Solidarität zwischen den Eurostaaten vor.

Im Bereich des integrierten wirtschaftspolitischen Rahmens möchten wir uns bei der genannten „Preisflexibilität in allen Wirtschaftsbereichen“ klar gegen eine Anpassung über die Löhne (nach unten) aussprechen. Auch erachten wir die Vollendung des Binnenmarktes als kein Allheilmittel und wollen noch einmal auf die Risiken des Verfahrens bei makroökonomischen Ungleichgewichten (MIP) sowie des Euro-Plus-Paktes hinweisen, da diese Politiken einen starken Druck auf die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten ausüben. Der Fokus auf Markt-Flexibilisierung und Haushaltsdisziplin ohne entsprechende Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigung und sozialer Sicherheit beinhaltet die Gefahr einer Spaltung der europäischen Gesellschaft zu Lasten gewisser Bevölkerungsgruppen sowie einzelner Mitgliedstaaten. (Vgl. auch die unter Beteiligung des WIFO erstellte Studie „Welfare Wealth Work for Europe – Reconciling the short and the long run: governance reforms to solve the crisis and beyond“, in European Policy Brief No. 1, Sept. 2012).

Eine vertragliche Verpflichtung der Mitgliedsstaaten gegenüber den EU-Organen zur Umsetzung zugesagter Reformen erachten wir ebenfalls als durchaus problematisch.

Einzig die Erhöhung der demokratischen Legitimität durch eine stärkere Einbeziehung des Europäischen Parlaments sowie der nationalen Parlamente wird von Seiten der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol begrüßt, wenngleich die Art der Einbeziehung der Parlamente völlig offen bleibt.

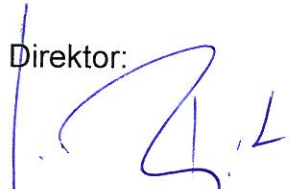
Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



(Erwin Zangerl)

Der Direktor:



(Mag. Gerhard Pirchner)